



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Pflichtaufgabe

Will die kommende Regierung Verantwortung für die Zukunft übernehmen, wird sie sich von den Illusionen der vergangenen Jahre lösen müssen, um den Herausforderungen Rechnung zu tragen. In der Vergangenheit wurde ohne Rücksicht auf die Zukunft die Natur zerstört. Daher wären folgende Pflichten durch die Regierenden zu erfüllen.

Mehr Chancen für die Zukunft des Landes durch weniger Naturzerstörung. Wie ein Krebsgeschwür breiten sich Siedlungen und Flachbauten des Gewerbes losgelöst von den Ortschaften in der Landschaft aus. Diesem Raubbau ist durch klare Gesetze und wirksame Sanktionen der Riegel vorzuschieben.

Mehr Chancen für die Zukunft der Menschen durch Abbau des riesigen Schuldenberges. Ein Ende für die unsinnigen, umwelt- und wirtschaftsschädigenden „Großprojekte“ wie Autobahnen, Lobautunnel, Koralm-, Semmering- und Brennerbasistunnel und Prüfung durch sachkundige, verantwortliche und unabhängige Gutachter.

Mehr Zukunft für Unternehmer der kleinen und mittleren Betriebe. Die Regierung muss endlich wahrnehmen, dass die Steuern in erster Linie von den Menschen und den kleinen und mittleren Betrieben aufgebracht werden, die auch die meisten Menschen beschäftigen. Wäre Heini Staudinger der persönliche Berater des Bundeskanzlers und mancher Minister, kann ich mir vorstellen, dass unser Land eine Zukunft mit weniger Schulden und mehr Arbeitsmöglichkeiten hätte.

Eine Aufgabe der nächsten Bundesregierung wäre es auch, die Bevölkerung, die Kommunen und Betriebe vor den Übergriffen der EU-Verwaltung zu schützen und die Anliegen unseres Landes zu vertreten.

Vor allem müssen die Betriebe, die Forscher, die Kommunen und Bauern auch vor den überzogenen Auflagen unserer Beamten verschont werden, die sich bei der Anwendung der EU-Wucherungen der Bürokratie päpstlicher als der Papst gebärden. Das gilt für den Forschungsbereich wie für Bauern und Betriebe, damit wieder Freude bei der Arbeit aufkommt anstatt die Ausfüllung von Formularen des Misstrauens.

Dazu braucht es Menschen, die verstehen, dass Gesetze für die Menschen und nicht für die EU-Gesslerhüte da sein sollen, auch wenn manche davon erst im Lande gemacht werden.